

(Anschrift der Bewilligungsbehörde)

Antrag
auf Gewährung einer Zuwendung
für Maßnahmen nach den Nummer 2.1 - 2.4 nach BAfI

1 Antragstellerin/Antragsteller	
Name/Bezeichnung	
Anschrift	(Straße/PLZ/Ort/Kreis)
Auskunft erteilt	(Name/Telefon (Durchwahl))
Gemeindekennziffer	
Bankverbindung	IBAN:
	BIC:
	Bezeichnung des Kreditinstitutes:

2 Maßnahme		
Bezeichnung (Entwurf, Aufsteller):		
Durchführungszeitraum	von:	bis:

3 Finanzierungsplan			
	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
Haushaltsjahr	20	20	20 und folgende
	in EUR		
1	2	3	4
3.1 Gesamtkosten			
3.2 davon grundsätzlich zu- wendungsfähige Ausgaben			
3.3 abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	-	-	-
3.4 Zuwendungsfähige Gesamt- ausgaben	=	=	=
3.5 Beantragte Förderung (Nr. 4)			
3.6 bewilligte/beantragte öffentli- che Förderung (ohne Nr. 3.5) durch: 			
3.7 Eigenanteil			

4. Beantragte Förderung		
Zuwendungsbereich (Name der Maßnahme)	Zuweisungen/Zuschuss EUR	Prozent von Nr. 3.4
1	2	3
		80
Summe		80

5	Begründung
----------	-------------------

5.1

Zur Notwendigkeit der Maßnahme (unter anderem Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen):

5.2

Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (unter anderem: Eigenmittel, Förderungshöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten):

6	Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen
6.1	Darstellung der angestrebten Auslastung beziehungsweise des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin oder für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin oder des Antragstellers
6.2	Erklärung des Kämmerers zur Einplanung des Eigenanteils ist beigefügt. Ja ☐ Nein ☐

7	Erklärungen
Die Antragstellerin oder der Antragsteller erklärt, dass	
7.1	mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten, Ja ☐ Nein ☐
7.2	mit der Maßnahme zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr bereits begonnen wurde, Ja ☐ Nein ☐

7.3

sie/er geprüft hat, ob ein Ordnungspflichtiger zu den Kosten der Maßnahme herangezogen werden kann, und sie/er das Ergebnis der Prüfung aktenkundig gemacht hat (Ergebnis der Prüfung als Anlage beifügen),

Ordnungspflichtiger heranzuziehen Ja ☐ Nein
Ergebnis der Prüfung aktenkundig: Ja ☐ Nein

7.4

bekannt ist, dass aufgrund des § 25 des Bundes-Bodenschutzgesetzes bei öffentlichen geförderten Maßnahmen zur Erfüllung der Pflichten aus § 4 des Bundes-Bodenschutzgesetzes soweit hierdurch der Verkehrswert des Grundstückes nicht nur unwesentlich erhöht wird und sofern nicht bei der Bewilligung der Maßnahme als Leistung Dritter in Abzug gebracht ist, nach Abschluss der Sanierung von der zuständigen Behörde ein Wertausgleich bis zur Höhe der gewährter Zuwendung festgesetzt werden kann,

Ja ☐ Nein ☐

7.5

sie/er zum Vorsteuerabzug nicht berechtigt /berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nummer 3.2) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),

nicht berechtigt ☐ berechtigt ☐
berücksichtigt: Ja ☐ Nein ☐

7.6

die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

Ja ☐ Nein ☐

7.7

(außerdem bei juristischen Personen des privaten Rechts): sie/er davon Kenntnis genommen hat, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinn des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Landessubventionsgesetzes sind,

Ja ☐ Nein ☐ Nicht zutreffend ☐

für Maßnahmen nach den Nummern

- ☐ **2.1.1** (Systematische, flächendeckende Erhebungen und Erstbewertungen altlastverdächtiger Flächen, Altlasten, schädlicher Bodenveränderungen und Verdachtsflächen),
- ☐ **2.1.2** (Flächendeckende Erhebung von Brachflächen) ,
- ☐ **2.1.3** (Ermittlung von Entsiegelungspotenzialen)

7.8

keine ausreichenden Erhebungen für die Ermittlung von Altlasten, altlastenverdächtigen Flächen, schädlichen Bodenveränderungen, Verdachtsflächen, Brachflächen und Entsiegelungspotenzialen vorliegen und die Voraussetzungen nach Nummer 4.1 der Richtlinien beachtet wird.

Ja ☐ Nein ☐

für Maßnahmen nach der Nummer

- ☐ **2.2.1** (Gefährdungsabschätzungen)

7.9

die ihr/ihm bisher vorliegenden Unterlagen keine ausreichende Gefährdungsabschätzung ermöglichen.

Ja ☐ Nein ☐

für Maßnahmen nach den Nummern

- ☐ **2.2.1** (Gefährdungsabschätzungen) und
- ☐ **2.2.2** (Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen)

7.10

sie/er die Voraussetzungen nach der Nummer ☐ **3.1** oder ☐ **3.2.1** oder ☐ **3.2.2** erfüllt (Zuwendungsempfänger entsprechend der BAfrl),

7.11

die Altlablagerung, der Altstandort, das Grundstück mit einer schädlichen Bodenveränderung bzw. die Verdachtsfläche wieder genutzt werden soll,

Ja ☐ Nein ☐

für Maßnahmen nach Nummer

☐ **2.2.2 (Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen)**

7.12

eine Gefährdungsabschätzung vorausgegangen ist,

Ja ☐ Nein ☐

für Maßnahmen nach den Nummern

☐ **2.3.1 (Sanierungs- und Schutzmaßnahmen) und**

☐ **2.3.2 (Überwachungsmaßnahmen)**

7.13

eine Gefährdungsabschätzung Ja ☐ Nein ☐

Sanierungsuntersuchung Ja ☐ Nein ☐

vorgenommen worden ist.

7.14

eine Gefährdungsabschätzung oder Sanierungsuntersuchung wegen Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr nicht vorgenommen werden konnte, aber eine ordnungsbehördliche Überwachungs- oder Sanierungsmaßnahme angeordnet worden ist,

Ja ☐ Nein ☐

7.15

sie/er die Voraussetzungen nach der Nummer ☐ **3.1** oder ☐ **3.2.1** oder ☐ **3.2.2** erfüllt (Zuwendungsempfänger entsprechend der BAfI),

7.16

die Maßnahme nach der bestehenden Nutzung notwendig ist,

Ja ☐ Nein ☐

7.17

von der Altlast eine Gefahr entsprechend der Nummer 4.5.2 Buchstaben a) bis d) ausgeht,

Ja ☐ Nein ☐

7.18

die Voraussetzungen der Nummer ☐ **4.5.3 a)**, Nummer ☐ **4.5.3 c)**, Nummer ☐ **4.5.3 d)** oder Nummer ☐ **4.8** vorliegen,

7.19

in vor der Bewilligung geschlossenen Kaufverträgen über Grundstücksverkäufe vertraglich vereinbarte Kaufpreise als Leistungen Dritter im Finanzierungsplan bereits von den Gesamtkosten abgezogen wurden,

Kaufverträge liegen vor	Ja	☐	Nein	☐
von den Gesamtkosten abgezogen	Ja	☐	Nein	☐

7.20

Grundstücksverkäufe innerhalb von 10 Jahren nach Bewilligung der Bewilligungsbehörde unverzüglich mitgeteilt werden.

Ja ☐ Nein ☐

7.21

die Voraussetzungen den Nummern 4.6 bis 4.6.5 (Sonderregelung für natürliche Personen als privatrechtliche Eigentümer oder dinglich berechnigte Nutzer von Wohngrundstücken als Ordnungspflichtige) vorliegen.

Ja ☐ Nein ☐

für Maßnahmen nach den Nummern

- ☐ **2.4.1** (Bodenbelastungskarten, Erosionskartierungen)
- ☐ **2.4.2** (Bodenfunktionskarten) und
- ☐ **2.4.3** (Bodenbewusstsein und Klimafunktion)

7.22

keine ausreichenden Untersuchungen zu gebietsbezogenen Ermittlung und Bewertung von schädlichen Bodenveränderungen oder zur Ermittlung und Bewertung von Bodenfunktionen sowie der erforderlichen Datenrecherchen vorliegen und die Voraussetzungen der Nummer 4.10, 4.11 und 4.12 beachtet werden.

Ja ☐ Nein ☐

8 Anlagen			
		ja	nein
a)	Erläuterung und genaue Beschreibung der beabsichtigten Maßnahme	☐	☐
b)	Kostenberechnung	☐	☐
c)	Zeitplan	☐	☐
d)	Gefährdungsabschätzung	☐	☐
	Sanierungsuntersuchung	☐	☐
	Sanierungsplan	☐	☐
e)	Prüfergebnis nach Nummer 7.3 (Ordnungspflicht)	☐	☐
f)	ordnungsbehördliche Anordnung	☐	☐
	Vergleich	☐	☐
g)	Angaben zur kommunalen Planung für die Wiedernutzbarmachung	☐	☐
h)	Begründung für die Notwendigkeit des Projektmanagements nach Nummer 5.4.1.2 der Richtlinie	☐	☐
i)	Aktuelle Grundbuchauszüge zum Nachweis der Voraussetzungen der Nummer 4.5.3 c der BAfRl	☐	☐
j)	vor der Bewilligung geschlossene Kaufverträge über Grundstücksverkäufe	☐	☐
k)	Anlage 1 des RdErl. d. Ministeriums für Umwelt Landwirtschaft und Verbraucherschutz v 01.01.2022 (SMBI. NRW 74) "Verfahren zur Anmeldung von Zuwendungen für die Sanierung von Altlasten und für weitere Maßnahmen des Bodenschutzes sowie zur Aufstellung von Dringlichkeitslisten", sofern Maßnahmen nach Nummer 1.1.2 (Maßnahmen zum Schutz vor Gefahren) außerhalb der Dringlichkeitsliste beantragt werden.	☐	☐
l)	Ziel des Maßnahmenprogrammes gem. Nr. 2 der BAfRl (Gegenstand und Ziel der Förderung) einschließlich Zielbestimmung im engeren Sinne an Hand der konkreten Aufgabenstellung	☐	☐
(Ort/Datum) (Unterschrift)			

10 Ergebnis der Antrags-Prüfung durch die Bezirksregierung

1

Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstiger Unterlagen wird festgestellt, dass die Maßnahme den sich aus dem Förderzweck ergebenden fachlichen Anforderungen hinsichtlich der Gefahrenermittlung □ /-abwehr □ und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

entspricht ☐ oder

nicht entspricht $\square$.

2

Berechnung der Zuwendung:

		Euro
a)	Gesamtkosten	
b)	nicht zuwendungsfähige Ausgaben	
c)	zuwendungsfähige Ausgaben	
d)	der Höchstbetrag der Zuwendung beträgt bei einem Fördersatz von 80 Prozent	

.....
(Ort/Datum)

(Dienststelle/Unterschrift)